

## KOMMENTAR

## Mehr Druck machen

Thema: Kampf gegen Steuer-Oasen

VON CLAUD SCHÖNER

Die Paradise Papers bringen wieder etwas mehr Licht in die Schattenwelt der grenzenlosen Gier: Wer viel hat, will noch mehr, und vor allem will er möglichst wenig abgeben. Dass Vermögen der Queen auf die Cayman Islands geflossen ist, dass auch Ober-Gutmensch Bono oder US-Handelsminister Wilbur Ross in den Dokumenten auftauchen, erhöht den Empörungsfaktor. Grundsätzlich ist das, was jetzt wieder zutage gefördert wurde, jedoch nichts Neues und in vielen Fällen nicht einmal illegal. Ähnliches ergaben die Panama-Papers und die Bahamas-Liste.



Dennoch ist die Veröffentlichung wichtig. Damit auch der Letzte, der sein Geld auf zweifelhafte Weise vor dem Fiskus „in Sicherheit“ bringt, begreift: Niemand kann sich mehr darauf verlassen, dass sein Finanzgebaren im Dunkeln bleibt. Auch große Konzerne, die sich arm rechnen und Steuern dort bezahlen, wo sie am günstigsten wegkommen, können nicht daran interessiert sein, immer wieder an den Pranger gestellt zu werden. Beim Bürger, der ehrlich seinen Beitrag zum Funktionieren der Gesellschaft leistet, wächst die Wut über all die Milliarden, die der Allgemeinheit vorenthalten werden.

Allerdings: Das Problem mit Offshore-Geschäften und Briefkasten-Firmen in Steueroasen ist schon seit Langem bekannt. Doch von der Konsequenz, mit der etwa die USA gegen Länder vorgehen, die Steuerhinterziehung und -vermeidung begünstigen, sind die Europäer weit entfernt. Wohl auch, weil Mitglieder wie Luxemburg, Liechtenstein, Malta oder die Niederlande selbst gern beim Armrechnen behilflich sind.

Nötig sind eine machtvolle, internationale Allianz der Willigen und eine neue Liste mit „Sünderstaaten“, die ökonomisch unter Druck gesetzt werden müssen. Was Briefkastenfirmen und Offshore-Geschäfte angeht - wer legal Geld investiert, braucht sie nicht. Warum sollten sie erlaubt bleiben?

## KOPF DES TAGES

Der frühere Bundestagspräsident Norbert Lammert hat eine neue Aufgabe: Der 68-jährige CDU-Politiker aus Bochum wird neuer Kurator in der RAG-Stiftung. Die 2007 gegründete Stiftung finanziert die sogenannten Ewigkeitslasten des deutschen Steinkohlebergbaus. 30 000 Euro Vergütung im Jahr und 500 Euro Sitzungsgeld erhalten die sogenannten gekorenen Mitglieder, wie eine Sprecherin der RAG-Stiftung in Essen mitteilte.

Über die politischen Posten in dem 13-köpfigen Kontrollgremium entscheidet der nordrhein-westfälische Mi-



nisterpräsident. Der neue Regierungschef Armin Laschet habe neben Lammert auch den Essener Oberbürgermeister Thomas Kufen (CDU) und Andreas Reichel (FDP), Manager in der Energiewirtschaft, für die Aufgabe benannt. Die neuen Kuratoren rückten für drei Mitglieder nach, die noch zu rot-grünen Regierungszeiten zu ihren Posten gekommen waren. (lnw)

## IMPRESSUM

## Mindener Tageblatt

Gegründet 1856 von J.C.C. Bruns als Minden-Lübbecke Kreisblatt, seit 1941 mit „Bote an der Weser“, Mindener Zeitung

Herausgeber:

Rainer Thomas & Sven Thomas (Verleger)  
Christoph Pepper (Chefredakteur)

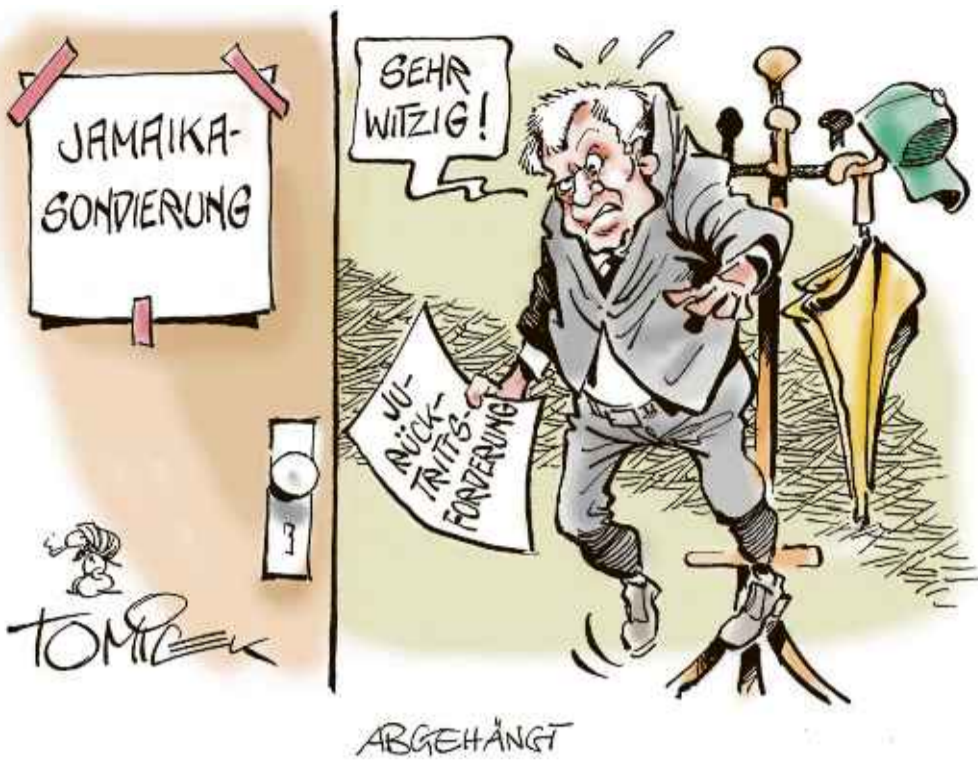
Politik/Wirtschaft/Panorama:  
Thomas Traue (stv. Chefredakteur)  
Lokales: Monika Jäger (Ltg.)  
Nina Könnemann, Henning Wandel (Stv.)  
Kultur: Ursula Koch  
Sport: Marcus Riechmann  
Anzeigen: Thomas Bouza Behm  
Telefon: 0571 8820  
Telefax: 0571 882 157  
E-Mail: info@mt.de  
Internet: www.MT.de

Verlag und Herstellung:  
J.C.C. Bruns Betriebs-GmbH  
Postfach 2140, 32378 Minden,  
Obermarktstraße 26-30, 32423 Minden  
Geschäftsführung:  
Sven Thomas, Carsten Lohmann  
Druck:  
Bruns Druckwelt GmbH & Co. KG  
Die Redaktion haftet nicht für unverlangte Einsendungen.

Das Mindener Tageblatt erscheint werktäglich vormittags, wöchentlich mit PRISMA, Wochenmagazin zur abonnierten Zeitung. Bezugspreis monatlich 31,70 EUR einschließlich Zustellerlohn, zuzüglich 0,30 EUR pro Erscheinungstag bei Postzustellung. Einzelpreis Mo.-Fr. 1,50 EUR, Sa. 2,00 EUR. Der Bezugspreis schließt 7 % MwSt. ein. Bei Bezugsunterbrechungen erfolgt ab dem 4. Tag der Unterbrechung eine anteilige Rückvergütung des Bezugspreises. Abbestellungen sind nur zum Ende eines Quartals möglich. Sie sind schriftlich an den Verlag zu richten und müssen dort vier Wochen vor Quartalsende vorliegen (Datum des Poststempels). Bei Nichtbelieferung im Fall höherer Gewalt, bei Störungen des Betriebsfriedens, Arbeitskampf (Streik, Aussperrung) bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Es gilt Anzeigen-Preisliste Nr. 56 vom 1.1.2017.

Die Zeitung ist in allen Teilen urheberrechtlich geschützt. Ohne Genehmigung dürfen Beiträge oder Abbildungen weder vervielfältigt noch verbreitet werden. Dies gilt ebenso für die Aufnahme in elektronische Datenspeicher jeder Art.

Vollständige Liste aller Kontakte in Redaktion und Verlag unter MT.de/Kontakte



## DIE ZAHL

348

Minderjährige Trennungskinder haben zum Jahreswechsel bundesweit Anspruch auf höheren Unterhalt. Dann tritt die neue „Düsseldorfer Tabelle“ in Kraft. Für volljährige Trennungskinder bleiben die Sätze unverändert. Der Mindestunterhalt beträgt ab dem 1. Januar 2018 für Kinder der ersten Altersstufe (0 bis 5 Jahre) 348 statt bisher 342 Euro. Für Kinder der zweiten Altersstufe (6 bis 11) sind es dann 399 statt 393 Euro und für Kinder der dritten Altersstufe (12 bis 17) 467 statt bisher 460 Euro. (lnw)

## Flucht nach vorn

Scholz stichelt, Gabriel stichelt – ungemütliche Zeiten für SPD-Chef Schulz. Jetzt tut er alles, um seine wichtigsten Verbündeten bei Laune zu halten.

Von Tim Braune

Berlin (dpa). Beim Wort Urwahl bekommen viele Genossen glänzende Augen. Die Mitglieder zu befragen, war schon öfters ein beliebtes Werkzeug der SPD-Spitze, um sich in schwierigen Situationen aus der Affäre zu ziehen. Nun hat auch der angeschlagene Martin Schulz dieses an der Basis beehrte Bonbon in seine ansonsten noch nicht wirklich prall gefüllte Wundertüte für den Neuanfang der SPD gepackt. Er hegt „gewisse Sympathie“ dafür, in Zukunft die Parteibasis entscheiden zu lassen, wer die SPD anführt, verkündet Schulz am Montag auf dem Podium im Willy-Brandt-Haus.

Gerade hat er oben im fünften Stock der Parteizentrale der Führungsmannschaft seine Stoffsammlung präsentiert, wie die SPD sich von der vernichtenden Wahlniederlage erholen soll. 16 Seiten haben Schulz und seine Strategen zusammengetragen: „Unser Weg nach vorn“, lautet die Überschrift. Ob der Vorsitzende und gescheiterte Kanzlerkandidat Schulz allerdings die richtige Route kennt, um die SPD bis zur (voraussichtlich) nächsten Bundestagswahl im Jahr 2021 wieder konkurrenzfähig zu machen, daran gibt es im Führungszirkel durchaus

ernsthafte Zweifel.

Ex-Parteichef Sigmar Gabriel konterte zuletzt in der „Zeit“ den Vorwurf von Schulz, er habe zu spät den Weg für dessen Kanzlerkandidatur freigemacht und damit den entscheidenden Geburtsfehler der Schulz-Kampagne zu verantworten. Die mangelnde strategische, thematische und organisatorische Vorbereitung sei zur „Achillesferse“ geworden, schreibt Schulz in seinem Strategie-Papier. Gabriel konterte das mit der Kritik, Schulz' Leitmotiv der sozialen Gerechtigkeit sei daneben gewesen – was insofern nicht ganz falsch ist, weil nur 20,5 Prozent der Wähler bei Schulz und der SPD ihr Kreuzchen machten.

Neben Gabriel artikulierte Olaf Scholz am deutlichsten



SPD-Chef Martin Schulz.  
Foto: Kumm/dpa

schuss: „Die SPD hätte die Bundestagswahl gewinnen können.“ Dieser Satz lässt keinen Interpretationsspielraum.

Doch anders als das heimische Jagdwild ist Schulz nach dieser Attacke immer noch auf den Beinen. Er habe mit großem Interesse das Scholz-Interview gelesen, sagt Schulz. „Es gibt viele Punkte in der Analyse, wo Herr Scholz und ich zu gleichen Einschätzungen kommen.“

In vier Wochen wird auf einem Parteitag unter dem Eindruck der Wahlkatastrophe eine neue Führungsmann-

schaft gewählt. „Ich trete an“, sagt Schulz. Und er sei ja auch der einzige Kandidat, fügt er spöttisch an: „Ich kann mich nicht verdoppeln und nicht gegen mich selbst antreten.“ Ist das eine Spitze gegen Scholz, der oft vieles besser weiß, aber nie springt? Der kühle Stratege von der Alster dürfte ebenso auf bessere Zeiten warten wie Andrea Nahles und Manuela Schwesig. Und Schulz baut vor.

Sein Vorschlag, den Mitgliedern ab 2019 die Wahl zu überlassen, wer die älteste deutsche Partei anführen soll, ist ein Schachzug, um Stärke gegenüber seinen Gegnern zu demonstrieren. Denn Stand jetzt, hätte der von der Basis trotz der Wahlpleite geliebte Schulz in einer Urwahl gegen Scholz & Co. wohl ganz gute Karten. Doch nicht immer treffen die Mitglieder eine gute Wahl. Als abschreckendes Beispiel für mehr innerparteiliche Beteiligung in der SPD gilt der Fall Rudolf Scharping. Der setzte sich 1993 zwar im Kampf um den Parteivorsitz mit relativer Mehrheit gegen Gerhard Schröder und Heidemarie Wieczorek-Zeul durch – als Kanzlerkandidat ging Scharping dann aber gegen Helmut Kohl und später als Verteidigungsminister in einem Pool auf Mallorca unter.

## Schulz will Parteivorsitz wohl von der Basis entscheiden lassen.

seinen Verdruss über Schulz. Hamburgs Regierungschef, der schon in der abgelaufenen Gabriel-Ära stets als Schatten-Parteichef agierte, versetzte dem Mann aus Würselen dieser Tage in einem „Spiegel“-Interview einen veritablen Blatt-

## PRESSESTIMMEN

## STUTTGARTER ZEITUNG

## Klimaschutz-Vorreiter

Die „Stuttgarter Zeitung“ zum Auftakt des Klimagipfels: Deutschland ist nicht erst seit Atomausstieg und Energiewende Klimaschutz-Vorreiter. Aber wenn man sich anschaut, wie schwer die Jamaikaunterhändler sich tun, für die nächsten vier Jahre angemessene Klimaschutzmaßnahmen zu beschließen, kann man nur hoffen, dass der Gipfel in Bonn Signalwirkung entfaltet. Ohne eine Einleitung des Kohleausstiegs und ohne beherrzte Schritte in Richtung Verkehrswende wird Deutschland nicht nur die für 2020 gesteckten Klimaziele verfehlen.

1983, die Älteren erinnern sich, mobilisierte nicht weniger als eine halbe Million Menschen. Für viele ist der Klimawandel abstrakt, zumindest solange er auf ungeheuer zäh verlaufenden UN-Konferenzen durchgenommen wird. Zudem geht es um Entscheidungen, deren positive Folgen erst künftige Generationen erleben werden. Daher braucht es verantwortungsvolle Politiker, die diese Kluft überbrücken und konkrete Entscheidungen treffen – etwa für einen schnellen Kohleausstieg und eine Verkehrswende.



## Kleines Opfer

Die „Allgemeine Zeitung“ (Mainz) zu Einkauf an Heiligabend: Man muss kein religiöser Mensch sein, um es gut zu finden, dass sich wenigstens ein paar Tage im Jahr mal nicht alles um Konsum dreht. Wenn die Läden am vierten Adventssonntag dicht bleiben, muss nur eine spezielle Spezies ein kleines Opfer bringen: die Triebtäter unter den Last-Minute-Geschenkekaufern. Sie müssen dann eben schon am Samstag durch die Geschäfte hetzen. Immerhin bleiben noch sieben Wochen, sich auf die Paniktour vorzubereiten – das klingt doch irgendwie machbar.

## DA WAR NOCH

Ein nach dem Besuch einer Prostituierten enttäuschter 14-Jähriger hat in Braunschweig kurzerhand die Polizei gerufen. Der Jugendliche hatte sich als 20-Jähriger ausgegeben und sich über die erbrachten Leistungen der Prostituierten verärgert gezeigt, teilte die Polizei am Montag mit. Im Verlauf des Streits am frühen Sonntagmorgen hatte die 53 Jahre alte Frau den jungen Freier aus ihrem Zimmer geworfen. Die von dem 14-Jährigen zu dem Bordell gerufene Polizei stellte dessen Alter fest und brachte ihn mit Verweis auf das Jugendschutzgesetz für die Heimfahrt zur nächsten Bushaltestelle. Was der junge Mann sich für die von ihm gezahlten 20 Euro erhofft hatte, präzisierte die Polizei nicht. (lni)

## Frankfurter Rundschau

## Klimawandel für viele abstrakt

Die „Frankfurter Rundschau“: In Bonn demonstrierten laut Veranstalter 25 000 Teilnehmer. Nicht schlecht, im Vergleich zu früheren Gipfeln. Doch es ist nicht die machtvolle Demonstration, die dem Thema Klimawandel angemessen wäre. Die Friedensdemo im Bonner Hofgarten anno